



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0866890

P/XIV/158 - 18. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Das große diplomatische Spiel Moskaus Günter Markscheffel berichtet aus Genf	68
3 - 4	Eine wichtige Etappe Jesco von Puttkamer berichtet vom VI. Kongreß der Sozialistischen Internationale	106
5 - 6	Es gärt in der NATO Von Hans Merten, MdB	65
7	Zwischen Schwarz und Weiß Impressionen zur Rassen-Toleranz in Europas größter Stadt: London	41

* * * * *
* * *

Das große diplomatische Spiel Moskaus

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Wenn die Genfer Verhandlungspartner am kommenden Dienstag wieder zu einer Vollsitzung zusammentreten, haben sie drei Tage Zeit gehabt, um in "privaten Besprechungen" und "Arbeitsdinners", aber auch bei improvisierten Fühlungnahmen die nächsten öffentlich zu gehenden Schritte zu beraten.

Bei den Delegationen der Westmächte, einschließlich der Bonner Delegation, herrscht nach Ablauf der ersten Konferenzwoche ein leichter Pessimismus. Man gesteht sich ein, vom westlichen Standpunkt aus gesehen, kaum einen Schritt weitergekommen zu sein und wälzt "Arbeitspapiere", deren Inhalt Entwürfe für weitere taktische und substantielle Verhandlungsthemen sind.

Seitdem sicher ist, daß sich die Russen kaum von der Koppelung Berlin-Frage - Gesamtdeutscher Ausschuß hinweglocken lassen dürften, diskutieren die Experten der westlichen Delegationen die Etablierung einer Ausweichstellung. Ernsthaft wird in Erwägung gezogen, die zwischen der Bundesrepublik und der DDR schon seit langem bestehenden "technischen Kontakte" weiter auszubauen und ihnen damit einen Öffentlichkeitscharakter zu geben, den sie bisher im politischen Sinne nicht hatten.

Gleichzeitig sollen politische Verhandlungen über "die nächsten Schritte" auf Botschafterebene weitergeführt werden; Verhandlungen, deren Resultate später vielleicht auf einer neuen Außenminister-Konferenz oder auf dem allgemein erwarteten Gipfeltreffen wieder aufgenommen werden sollen.

Was die Russen zu solchen Plänen sagen, ist ungewiß. Vorsichtige Fühlungnahmen führten bisher zu keinem Ergebnis. Ein Mitglied der sowjetischen Delegation sagte unter ständiger Betonung, er äußere nur seine unmaßgebliche persönliche Meinung, man könnte den Vorschlag "ventilieren", man müßte feststellen, ob er vom Westen nicht nur als Ausweichmanöver gedacht sei usw. Also sehr vage.

Während, wie gesagt, beim Westen kaum Hochstimmung herrscht, manifestieren die Russen einen herben Optimismus, der sich etwa wie folgt ausdrückt: Wir, die Russen, haben den Westen jetzt genau an dem Punkt, an dem wir ihn haben wollten:

- 1) Der Begriff "Gesamtdeutsche Kommission" ist nicht mehr wegzubringen. Wer das versucht, muß damit rechnen, daß diese oder jene zukünftige Ost-West-Konferenz das Berlin-Problem isoliert zu behandeln hat.
- 2) Bonn ist aus seiner Reserve herausgelockt worden und manifestiert jetzt offen seinen Unwillen gegenüber der Möglichkeit eines immer irgendwie gearteten Kompromisses zwischen West und Ost.
- 3) Die westlichen Alliierten haben es langsam satt, mit Rücksicht auf die starre Haltung Adenauers nicht an den Versuch einer Diskussion über die großen Probleme der Ost-West-Spannung herangehen zu können.

Um nicht mißverstanden zu werden: So sehen die Russen das Ergebnis dieser ersten Woche der zweiten Genfer Konferenzphase.

Natürlich spielt in all dies auch der ganze Fragenkomplex der ebenfalls in Genf stattfindenden Verhandlungen über den Stop und die Kontrolle von Atomwaffenversuchen mit hinein. Amerikaner, Engländer und Russen sind sehr diskret in ihren Äußerungen über den Verlauf dieser Verhandlungen. Durchgesickert ist jedoch, daß die Russen immer nur dann eine Kompromißbereitschaft zeigen, wenn sie glauben, auf der Ebene der Genfer Außenminister-Konferenz einen Punkt für sich buchen zu können. Daß die Russen, ebenso wie alle Welt, wissen, daß die Franzosen den Gang der Atomverhandlungen mit äußerster Reserve beobachten (die Franzosen gehören bekanntlich nicht zum "Atom-Club"), andererseits in den Außenminister-Verhandlungen gemeinsam mit Bonn die harten Männer mimen, hat Moskau alle möglichen Variationen zur Beeinflussung des Ablaufs beider Konferenzen in der Hand. Moskau spielt also ein großes diplomatisches Spiel.

Da es niemand zum Äußersten kommen lassen will und der Westen aus den verschiedensten Gründen kaum in der Lage ist, ein ähnliches Spiel zu organisieren wie die Russen, wird es auf westlicher Seite großer Anstrengungen und Weitsicht bedürfen, um die diplomatische Initiative wieder in die Hand zu bekommen. Im Augenblick liegt sie in den Händen der Russen.

Eine wichtige Etappe

Jesco von Puttkamer berichtet vom
VI. Kongreß der Sozialistischen Internationale

"Nur der demokratische Sozialismus kann den Menschen freimachen!" Mit diesem Schlußsatz, der einstimmig vom VI. Kongreß der Sozialistischen Internationale angenommenen EntschlieÙung zur politischen Situation schloß Präsident Alsing Andersen am Freitag die fünftägige Arbeit des Kongresses. Die Konferenz war gewiß eine wichtige Etappe in der Geschichte der Sozialistischen Internationale. Zum ersten Mal wurde die weltumspannende Kraft des demokratischen Sozialismus in so eindrucksvoller Weise demonstriert. Nicht nur in der Anwesenheit zahlreicher prominenter Delegierter aus Asien kam das zum Ausdruck, sondern auch in der Tatsache, daß der Kongreß einen besonderen Abschnitt seiner Resolution dem Problem der Entwicklungsländer widmete.

In ihren ersten Kommentaren zum Hamburger Kongreß glaubte die sogenannte "bürgerliche Presse", vor allem aber die Blätter der CDU, auf "tiefgreifende" Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Delegationen hinweisen zu können. Aber hier ist, wie so oft, der Wunsch der Vater des Gedankens. Über die Grundprinzipien des demokratischen Sozialismus gab es unter den Delegationen, die zehn Millionen Mitglieder in aller Welt vertreten, keine Meinungsverschiedenheiten. Wenn es zu den Fragen der aktuellen Politik hier und da Unstimmigkeiten gibt, so ist es nur selbstverständlich und erklärt sich aus der verschiedenen Lage in den einzelnen Ländern. Das Resolutionskomitee, dem Vertreter Japans, Israels, Österreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Hollands, Italiens, Belgiens und der Bundesrepublik angehörten, hielt es daher auch für angemessen, dem Kongreß nicht eine Mehrheitsresolution vorzulegen, sondern in die Resolution auch die Meinung der - allerdings verschwindend kleinen - Minderheit aufzunehmen. Der Kongreß hat dieses Verfahren einstimmig gebilligt.

Was sind nun die wichtigsten Punkte der EntschlieÙung des Kongresses? Sie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Der Kongreß bekräftigt seine Wiener EntschlieÙung 1957 über die Abrüstung.
2. Der Kongreß hofft, daß eine baldige Gipfelkonferenz den "Kalten Krieg" beendet.
3. Der Kongreß betont die Solidarität aller freien Völker mit Berlin und erklärt, daß die Verbindungen und Beziehungen von West-Berlin mit der Bundesrepublik und der übrigen Welt keinen Beschränkungen unterliegen dürfen.
4. Für die Zukunft von Berlin kann es nur eine Dauerlösung im Rahmen eines vereinten demokratischen Deutschlands und eines von einem Rüstungswettlauf freien Europas geben.
5. Die Mehrheit der sozialistischen Parteien steht weiterhin zur Politik des Disengagements. Die Minderheit unterstützt diese Politik nicht.

6. Der Kongreß begrüßt die Fortschritte auf der Genfer Atom-Konferenz und bekräftigt die Forderung des V. Kongresses, daß die Einstellung der Versuche eine Sonderfrage ist, die nicht von einem allgemeinen Abrüstungsabkommen abhängen sollte.
7. Der Kongreß appelliert an die Großmächte, die Frage einer allgemeinen multilateralen Abrüstung mit wirksamer Kontrolle zum Tagesordnungspunkt der Gipfelkonferenz zu machen.
8. Die französischen Sozialisten schlagen ein allgemeines Abkommen über eine auf zwei Jahre befristete kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche vor. Jeder Staat wird seine Handlungsfreiheit zurückerhalten, wenn während dieser Zeit ein Abkommen, die Herstellung von spaltbarem Material zu militärischen Zwecken einzustellen, nicht erreicht worden ist.
Die Labour-Party hat Vorschläge vorgelegt für ein Abkommen zwischen den Mächten, von dem die USA und die UdSSR zunächst ausgenommen werden könnten, das die Staaten zu einem Verzicht auf die unabhängige Herstellung und auf den unabhängigen Besitz von Kernwaffen unter einem wirksamen System der Inspektion und der Kontrolle verpflichtet.
Der Kongreß appellierte an die Mitgliedsparteien, daß sie und ihre Regierungen diese Vorschläge einer sofortigen Erwägung unterziehen.
9. Der Kongreß billigt frühere Resolutionen zu Gunsten einer Stärkung bestehender europäischer Institutionen und der Entwicklung von funktionellen Abkommen, die eine wirtschaftliche Expansion, Vollbeschäftigung und einen besseren Lebensstandard, insbesondere der Arbeiter, fördern.
10. Der Kongreß begrüßt den Fortschritt, den die Sozialisten von Asien, dem Mittleren Osten, Afrika und Lateinamerika im Dienste ihrer Ideale, der Freiheit und des Friedens erreicht haben. Er bringt seine Solidarität mit ihren tatkräftigen Bestrebungen zum Ausdruck, den Völkern dieser Kontinente die Achtung ihrer Grundrechte und demokratische Freiheiten zu verschaffen. Die demokratischen Sozialisten der ganzen Welt werden ihren Kampf gegen alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gegen alle Formen kolonialistischer und kapitalistischer Unterdrückung fortsetzen.
Die Resolution schließt mit der Feststellung, der Kapitalismus beutet aus, der Kommunismus unterdrückt. Nur der demokratische Sozialismus kann den Menschen freimachen.

Gleichzeitig billigte der Kongress einstimmig noch drei weitere Entschlüsse. Die erste ist eine Verurteilung des Franco-Regimes und eine Solidaritätserklärung mit dem heldenhaften Freiheitskampf des spanischen Volkes. Die Entschlüsse verurteilt Bestrebungen gewisser Regierungen, Franco-Spaniens Eintritt in die westlichen Institutionen und Bündnisse zu gewähren.

Ebenfalls gebilligt wurde eine Entschlüsse zur Suez-Frage, in der es heißt, daß die freie Durchfahrt durch den Suez-Kanal den Schiffen aller Völker, einschließlich Israels, garantiert werden muß. Auf Antrag der Labour-Party von Malta bedauerte der Kongreß die Umstände, unter denen die britische Regierung die maltesische Verfassung außer Kraft gesetzt, die demokratischen Einrichtungen Malteses zerstört hat und gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des maltesischen Volkes zur absoluten Alleinherrschaft zurückgekehrt ist. Der Kongreß fordert die Mitgliedsparteien und alle freiheitsliebenden Menschen nachdrücklich auf, ihren Einfluß auszuüben, damit das Volk von Malta sich in Frieden der Rechte erfreuen kann, die in der Charta der Vereinten Nationen ausgesprochen sind.

Diese Entschlüsse sind eine unüberhörbare Mahnung und zugleich ein eindrücklicher Appell. Sie werden von den Mitgliedern der Parteien des demokratischen Sozialismus begrüßt werden. Mit dem Versprechen, daß sich die Parteiführungen, der Generalrat und das Büro der Sozialistischen Internationale für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen werden, beendete der Kongreß seine Arbeit.

Es gärt in der NATO

Von Hans Merten, MdB

Am 1. September werden neun Geschwader amerikanischer Jagdbomber ihre Luftstützpunkte auf französischem Boden verlassen. Sechs Geschwader kommen nach Deutschland und drei nach England. Diese Verlegung geschieht nicht etwa, um die militärische Sicherheit des Westens zu verstärken, sondern als Folge der Weigerung Frankreichs, der Lagerung von amerikanischen Atomwaffen auf französischem Boden die Zustimmung zu geben. Diese Weigerung resultiert nun nicht etwa aus der Tatsache, daß die Franzosen schlechthin etwas gegen Atomwaffen hätten. Ganz im Gegenteil: Die französische Regierung macht gewaltige Anstrengungen, um möglichst schnell zu einer eigenen Atomwaffenproduktion zu kommen. Um eine stärkere amerikanische Hilfe bei diesem Bestreben zu erhalten, hat Frankreich verschiedene Druckmittel angewandt. Eins davon ist die Vertreibung der Amerikaner von den französischen Flugplätzen. Danach befinden sich jetzt nur noch kanadische Einheiten auf französischem Boden, und auch hier fragt man sich, wie lange das noch möglich sein wird.

Der Abzug der amerikanischen Flugzeuge infolge der französischen Haltung ist ja nur das letzte Ereignis in einer langen Kette. Man muß sich in die Erinnerung zurückrufen das englisch-französische Suez-Abenteuer, die griechisch-türkische Auseinandersetzung über Zypern, den britisch-isländischen Streit um die Fischereirechte, den Abzug der französischen Armee nach Nordafrika, die Herausnahme der französischen Flotte aus dem NATO-Kommando, um sich dann zu fragen, durch welches Band dieses Militärbündnis denn eigentlich zusammengehalten wird. Feldmarschall Montgomery sagte in seiner kritischen Abschiedsrede im vorigen Jahr in Paris, daß er von einem Militärbündnis nicht viel halte, dem nicht auch ein gemeinsames politisches Wollen zu Grunde liege. Dabei darf dieses gemeinsame politische Wollen nicht gleichgesetzt werden mit dem anti-sowjetischen Komplex, weil das allein nicht genügt, um den Sinn, und zwar den politischen Sinn dieses Bündnisses, ausreichend zu begründen.

Gewiß existiert der NATO-Rat als politisches Gremium. Er hat sich jedoch immer vor vollendete Tatsachen stellen lassen und war bis heute nicht in der Lage, zu einer gemeinsamen politischen Konzeption zu kommen. Wen wundert es daher noch, daß er bei der Verlegung der amerikanischen Flugzeuge überhaupt nicht gefragt worden ist und unter Umgehung des Rates lediglich zweiseitig verhandelt wurde? Auch die Kommission der fünfzehn Chiefs der Generalstäbe bei der "Standing Group" in Washington muß sich fragen lassen, was sie im vorliegenden Falle getan oder auch unterlassen hat. Wenn innerhalb der NATO die diplomatische Delikatesse so weit geht, heiße Eisen nicht mehr anzurühren, werden die nationalen Egoismen sehr bald die Gemeinsamkeiten so überwuchern, daß man sie nicht mehr erkennen kann. Man muß daran erinnern, daß auch auf dem Gebiete der Standardisierung des Gerätes keinerlei Fortschritte gemacht werden, obwohl hierdurch in den einzelnen Ländern ganz erheblich Rüstungskosten eingespart werden könnten. Dazu kommt das Fehlen jeglicher offizieller Mitwirkung der Parlamente der beteiligten Staaten. Es ist ein merkwürdiger Zustand, daß bei dieser Verteidigungsorganisation von überwiegend demokratisch organisierten Ländern es keinerlei parlamentarische Kontrolle und kein parlamentarisches Mitspracherecht gibt.

Aus dem Munde des amerikanischen Generals Taylor und des Oberkommandierenden der NATO in Mitteleuropa, General Valluy, hörte man gerade in diesen Tagen, daß eine völlig andere und völlig neue strategische Planung innerhalb der NATO notwendig sei, wenn ihr Verteidigungssystem wirksam sein sollte. Allmählich kommt man dahinter, daß eine ausschließlich auf der atomaren Abschreckung aufgebaute Strategie eine Strategie des Selbstmords und damit der völligen Sinnlosigkeit ist. Hier wäre die Frage an die Bundesregierung zu richten, welche Anstrengungen sie innerhalb der NATO unternommen hat, um überholte und gefährliche Konzepte zu revidieren. Will sie tatenlos zusehen, wenn alle deutschen militärischen Einheiten einem Kommando unterstellt werden, das mehr und mehr auf tönernen Füßen steht, weil niemand es wagt, die heißen Eisen in der NATO anzufassen.

Zwischen Schwarz und Weiss

H.G.S. - Wenn man heute nach der Weltstadt sucht, die die meiste Toleranz in Fragen der Rassen- oder Religionszugehörigkeit aufbringt, muss man London sofort den ersten Preis zubilligen. Vielleicht bemerken die einheimischen Londoner oder auch die waschechten "Cockneys" gar nicht mehr, inwieweit die grösste Stadt Europas, die eine Welt für sich mit vielen Städten in einem Bereich darstellt, zu einem Asyl der Vielfarbigkeit geworden ist. Schon vor Jahrzehnten gab es hier eigene Wohnsiedlungen von Völkern und Kulturen. "Chinatown", die Chinesenstadt, wurde ebenso berühmt, wie die indischen, italienischen oder deutschen Stadtteile.

Durch die Nachkriegsereignisse, die zu einer tragischen Auflösung des britischen Weltreiches führten, wurde London noch in stärkerer Masse zum Auffangplatz von Umsiedlern, Flüchtlingen und Abwanderern aus den Kolonien. Heute beherrschen Angehörige aller Rassen das Stadtbild. Vor allem sieht man immer wieder braune und schwarze Gesichter. Aber auch die gelbe Hautfarbe aus dem fernen China und den Ländern Indonesiens, die vor allem holländische Kolonien waren, fehlen nicht. Niemand wundert sich über eisgraue Neger mit langen struppigen Bärten oder in weisse Burnusse gehüllte Araber. Moslemische Religion lebt hier inmitten von christlichen Vorstellungen und einem jüdischen Bevölkerungsteil, der meist aus den deutschen Gebieten abgewandert ist und die englische Toleranz ganz besonders zu schätzen gelernt hat. Zwar bietet sich dem Alteingesessenen unter der Oberfläche wohl doch hier und da das Schauspiel einer Nächstenferne in Form von Abneigungen gegenüber manchen fremden Gruppen, nirgends aber werden in der ganzen Welt Farbige so freundlich, aufmerksam und hilfsbereit behandelt wie in London.

Viele Neger haben in den zahlreichen Diensten der "London Tube", der Londoner Untergrundbahn, Anstellung gefunden. Es gibt sehr wenige Underground-Stations, auf denen nicht eine uniformierte Negerin auf dem Bahnsteig steht, um das Abfahrtszeichen zu geben, oder sehr viele Neger sitzen in den Schalterboxen zur Fahrkartenkontrolle. Kein Zweifel mehr: Londons Untergrund-Bahn wird von Negern bedient.

Aber auch die internationalen Lokale mit allen Nationalitäten und Rassen sind ein Anziehungspunkt. Indische, arabische, afrikanische Menschentypen haben den Vorrang unter den Fremden. Das einstige weltumspannende "Commonwealth of Nations" hat sich heute seine Hochburg der Toleranz in London geschaffen, die einst "Hauptstadt der Welt" hiess. Heute macht der Engländer aus der Not eine Tugend und behandelt seinen Nebenmenschen, dessen Länder er einst erschloss, wenn auch kühl und höflich, aber doch immer als einen Menschen.